

Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Simone Machado, GaP/Zora Schneider, PdA/Tabea Rai/Eva Gammenthaler, AL): Jetzt 500 Flüchtlinge aus Moira aufnehmen!; Begründungsbericht

In der Stadtratssitzung vom 5. November 2020 wurde die folgende Motion als Richtlinie erheblich erklärt:

Gestern am 9. September 2020 ist das Flüchtlingscamp «Moira» auf der Insel Lesbos in der Agäis (GR) ausgebrannt und vollständig zerstört worden. Das Lager ist seit vielen Jahren «die Schande Europas», wie es der Autor des gleichnamigen Buches, Jean Ziegler, treffend nannte. Rund 13'000 Menschen leben in und um das Camp, das für 3000 Menschen ausgelegt wäre. Kinder leben seit Jahren im Schlamm, können nicht spielen und über viele Monate oder Jahre nicht zur Schule gehen. Gemäss Berichten der Medecins sans Frontières verletzten sie sich aufgrund der anhaltenden Traumata selber oder Jugendliche begehen sogar Suizid. Die Krätze, ein Parasit, der in der Haut lebt, hat die Menschen in diesem Camp von innen schier aufgefressen. Das Leid ist beispiellos und wie erwähnt, für Europa eine Schande, ein Tiefpunkt der Humanität.

Nachdem in den letzten Wochen das Corona-Virus ausgebrochen war, ist die Situation nun gänzlich eskaliert und das Camp wurde durch einen Brand mit mehreren Brandherden zerstört. 13'000 Menschen sind obdachlos geworden und eine Versorgung mit Lebensmitteln sowie Zelten sei gemäss Medienberichten nicht möglich, da die griechischen Sicherheitskräfte das Gelände abgeriegelt hätten.

Gemeinderätin Franziska Teuscher hat nun angekündigt, 20 Flüchtlinge aufzunehmen. Dies ist viel zu wenig für die Hauptstadt des reichen Landes Schweiz. Bern soll 500 Menschen aufnehmen, denn Bern kann problemlos für diese Menschen finanziell aufkommen und eine Unterbringung ist kurzfristig realisierbar. Die geretteten Menschen können in den zur Zeit nicht ausgelasteten Zentren unterbracht werden, zudem in Privathaushaltungen, in leerstehenden Hotel- und Pensionszimmern oder in leerstehenden Gruppenunterkünften. Die Unterbringung kann auch ausserhalb von Bern stattfinden, jedoch sollen die geretteten Menschen von Mitarbeitenden der Stadt Bern betreut werden, die allenfalls kurzfristig rekrutiert werden. Kompetente Menschen mit Arbeitskapazitäten stehen gerade in dieser Zeit ausreichend zur Verfügung.

Die Stadt Bern tut gut darin, zu bekennen, dass eine humanitäre Haltung weiterhin besteht und, wenn es die Umstände gebieten, auch umgesetzt wird. Im besseren Fall werden weitere Städte in der Schweiz und in Europa folgen, was eine Umkehr in der schändlichen Europapolitik bewirken kann, hin zu den ursprünglich verankerten Werten, die sich an den Menschenrechten orientieren.

Begründung der Dringlichkeit

Die geflüchteten Menschen lebten seit vielen Jahren in Moira im Schlamm, nun ist die Situation durch den Grossbrand eskaliert, sie sind obdachlos und ohne Nahrung. Eine Handlung muss ohne Verzug erfolgen und lässt keinen Aufschub zu.

Bern, 10. September 2020

Erstunterzeichnende: Simone Machado Rebmann, Zora Schneider, Tabea Rai, Eva Gammenthaler

Mitunterzeichnende: -

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Besorgnis über die Situation der Flüchtlinge an den Aussengrenzen Europas, insbesondere in den griechischen Flüchtlingslagern. Wie dem Stadtrat bekannt ist, liegen die

Verantwortung und die Zuständigkeit für die Aufnahme von Flüchtlingen beim Bund. Die Stadt Bern verfügt aus staatspolitischer Sicht lediglich über die Möglichkeit, sich beim Bund für die Direktaufnahme von Flüchtlingen stark zu machen und ihre Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge zu signalisieren. Um ihren Handlungsspielraum im Asylbereich zu erhöhen, bewarb sich die Stadt im Rahmen von NA-BE als regionale Partnerin; durch den erfolgten Zuschlag hat die Stadt nun zumindest auf operativer Ebene gewisse Gestaltungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Vorgaben von Bund und Kanton.

Der Gemeinderat setzt und setzte sich beim Bund immer wieder direkt oder im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik zusammen mit anderen Städten für die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen ein. Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria reagierte der Gemeinderat umgehend, bestätigte die bereits früher geäusserte Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge und forderte den Bund auf, angesichts der dringlichen Situation sofort zu handeln. In einem ersten Schritt erklärte sich der Gemeinderat dabei bereit, im Sinne einer Sofortmassnahme 20 Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen; gleichzeitig beabsichtigte er, mittelfristig zusätzliche Personen aufzunehmen. Die vorliegende, vom Stadtrat als Richtlinie überwiesene Motion verlangte vom Gemeinderat daraufhin die Aufnahme von insgesamt 500 Personen aus Moria.

Im Hinblick auf die Umsetzung dieses Auftrags wandte sich Gemeinderätin Franziska Teuscher in einem Schreiben an Bundesrätin Karin Keller-Suter als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Im Schreiben wurde noch einmal die Bereitschaft der Stadt Bern betont, Verantwortung zu übernehmen und Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen. Bundesrätin Keller-Suter wurde darum ersucht, dem Gemeinderat der Stadt Bern aufzuzeigen, welche Möglichkeiten zur Direktaufnahme von Flüchtlingen bestehen.

In ihrem Antwortschreiben vom 18. April 2021 hielt Bundesrätin Keller-Suter fest, dass aus Sicht EJPD an der bestehenden Aufgabenteilung im Asylbereich festzuhalten sei und deshalb die Kantone die primären Ansprechpartner für die Städte seien. Die Städte seien aber gerade im Integrationsbereich sehr wichtige Akteure, entsprechend werde die Bereitschaft der Stadt Bern zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge gerne entgegengenommen. Ein Einbezug des Angebots der Stadt Bern in die weiteren Überlegungen zur Aufnahmepolitik wurde in Aussicht gestellt; dabei verwies Bundesrätin Keller-Suter insbesondere auf die Resettlement-Programme und zeigte sich offen für pragmatische und partnerschaftliche Kooperationen.

Eine solche Kooperationsmöglichkeit zwischen der Stadt Bern und dem Bund ergab sich dann kurz darauf im Zusammenhang mit der Unterbringung von Resettlement-Flüchtlingen:¹ Infolge der Covid-19-Pandemie und des dadurch notwendigen Schutzkonzepts konnte die Bettenkapazität der Bundesasylzentren (BAZ) zeitweise nur noch eingeschränkt genutzt werden. Um die Aufnahme bereits bewilligter Resettlement-Gruppen in der Schweiz trotzdem zu ermöglichen, war das Staatssekretariat für Migration (SEM) auf Unterstützung angewiesen; es gelangte in dieser Situation an die Städte Zürich und Bern. Diese konnten bei der Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten rasch und unkompliziert Hand bieten.

¹ Im Rahmen der Resettlement-Programme des UNHCR erklären sich Drittstaaten bereit, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge dauerhaft aufzunehmen; im Unterschied zum regulären Asylverfahren in der Schweiz prüft das Staatssekretariat für Migration (SEM) bei einem Resettlement bereits im Erstaufnahmeland, ob eine Person alle nötigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufnahme in der Schweiz erfüllt. Sind die Voraussetzungen gegeben, organisiert das SEM in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration IOM anschliessend die Einreise in die Schweiz, wo die Resettlement-Flüchtlinge Asyl erhalten. Im Fokus der Programme stehen zurzeit Flüchtlinge aus den Konfliktgebieten im Nahen Osten und der Migrationsroute über das zentrale Mittelmeer.

Die Stadt Bern erklärte sich bereit, das SEM wie gewünscht von Oktober bis Dezember 2021 bei der Unterbringung und Betreuung von bis zu 120 Resettlement-Flüchtlingen zu unterstützen. Konkret stellte die Stadt an der Morillonstrasse eine Resettlement-Unterkunft für maximal 50 Personen pro Gruppe bereit. Dank Immobilien Stadt Bern konnten im ehemaligen Personalhaus des Zieglerspitals ideale Räumlichkeiten mit der passenden Infrastruktur gemietet werden. Die Unterkunft wurde von der Heilsarmee Migration und Integration (HA-MI) betrieben, mit der die Stadt bereits im Rahmen von NA-BE erfolgreich bei der Unterbringung zusammenarbeitet. Insgesamt wurden der Stadt durch das SEM drei Resettlement-Gruppen mit total 97 Personen zugewiesen. Bei der ersten Gruppe handelte es sich um eine gemischte Gruppe mit Menschen aus dem Südsudan, Somalia, Iran und Afghanistan; die anderen beiden Gruppen bestanden aus Menschen aus Syrien. Der Grossteil der Flüchtlinge reiste als Familie, viele von ihnen waren gesundheitlich sehr angeschlagen und wiesen komplexe medizinische Probleme auf. Die Gruppen blieben nach ihrer Ankunft während rund drei Wochen im Zieglerspital; während dieser Zeit erhielten sie eine Erstausrüstung (Winterkleider) und die nötige medizinische Versorgung, gleichzeitig standen ihnen verschiedene Informationsangebote und Aktivitäten zur Beschäftigung offen, die rege genutzt wurden. Nach drei Wochen wurden die Flüchtlinge durch das SEM gemäss Verteilschlüssel auf verschiedene Kantone verteilt und reisten weiter. Der Zusammenarbeitsvertrag mit dem SEM war von Anfang an auf 4 Monate befristet und ist inzwischen ausgelaufen.

Auf Grund der grossen Zurückhaltung des zuständigen EJPD im Hinblick auf die Direktaufnahme von Flüchtlingen wurde die Frage, ob die Stadt Bern nun 20 oder 500 Personen aus Moria aufnehmen soll, am Schluss hinfällig. Denn trotz zunehmenden öffentlichen Drucks und dem Engagement von Städten und Zivilgesellschaft kam bekanntlich keine Bewegung in die Frage der Direktaufnahme von Flüchtlingen aus Moria durch die Schweiz. Immerhin hat die aktive Positionierung der Stadt Bern in der Folge dann zur erwähnten Zusammenarbeit mit dem Bund im Bereich des Resettlements geführt. Die Stadt konnte den zugewiesenen Resettlement-Flüchtlingen ein würdiges Setting bieten, das diesen ein gutes Ankommen in der Schweiz ermöglichte; die Infrastruktur bewährte sich und gewährte allen Bewohnenden genügend Intimsphäre. Das Engagement der Stadt im Bereich Resettlement hat zudem intensive informelle Kontakte mit dem SEM ermöglicht und eine positive Positionierung der Stadt im Asylbereich erlaubt; die Stadt hat von allen Beteiligten sehr gute Rückmeldungen erhalten. Auch wenn es sich bei der Direktaufnahme von Resettlement-Flüchtlingen nicht um die politisch gewünschte Direktaufnahme handelte, konnte die Stadt mit der zusätzlichen Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen gegenüber dem Bund klar machen, dass sie gewillt ist, sich im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen stärker zu engagieren. Das konkrete Engagement der Stadt kann gegebenenfalls eine Grundlage für zukünftige Engagements im Asylbereich bilden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kosten für die Aufnahme der Resettlement-Flüchtlinge durch die Stadt Bern wurde durch den Bund abgegolten.

Bern, 19. Oktober 2022

Der Gemeinderat